Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Für Israel ist gegen den Gazakrieg
2. „Putin ist wie Hitler – ähh, bloß ohne Holocaust!“ – oder: Auch eine Vergangenheitsentsorgung
3. Warum Macron so auf Odessa fixiert ist
4. Umfrage: Grüne verlieren dramatisch an Zustimmung
5. Schlechte Jobs untergraben die Demokratie
6. Energiekrise vorbei? Industrie widerspricht Habeck: „Wir stecken in einer manifesten Krise“
7. RWE schaltet kurzfristig fünf weitere Kohlekraftwerke ab
8. Mehr als tausend Passagen geschwärzt: Multipolar veröffentlicht freigeklagte RKI-Protokolle im Original
9. Impfung nicht entscheidend: Arbeitgeber müssen Lohn trotz Corona-Quarantäne zahlen
10. Wie die Impfpflicht-Debatte im Expertenrat von Anfang an abgeblockt wurde
11. „Wir haben gesagt, wir müssen ein Modell finden, um Folgebereitschaft herzustellen“
12. Neuer Gesundheitsexpertenrat der Bundesregierung
13. Weltweiter Elektroschrott auf Rekordhöhe – und kaum Recycling
14. Bekommt Julian Assange einen Deal mit den USA?
15. Zu guter Letzt: Krieg einfrieren: Die Lösung? – Küppersbusch TV

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Für Israel ist gegen den Gazakrieg**
   Die instinktive, augenblickliche und unhinterfragte Solidarität mit Israel in jeder Lage

und auf jeder Ebene ist gegenwärtig absolute Doktrin in Politik, Kultur, Wissenschaft und Journalismus. Alles, was sich dagegen regt, wird getilgt.
Nur drei aktuelle Beispiele: In Saarbrücken wurde die Ausstellung einer jüdischen südafrikanischen Künstlerin, Candice Breitz, abgesagt, weil sie sich «nicht ausreichend gegen die Hamas» ausgesprochen habe, was sie übrigens bestreitet. Darüber hinaus wurde auch die Direktorin des Museums entlassen, und zwar, weil sie anfänglich die Absage der Ausstellung für falsch gehalten hat.
Der amerikanisch-russischen jüdischen Journalistin Masha Gessen wollte man den zugesprochenen Hannah-Ahrendt-Preis verweigern, weil sie Gaza mit einem Konzentrationslager verglichen hatte; schliesslich erhielt sie ihn dennoch, verspätet und in ausgesucht unauffälligem Rahmen.
Der «Antisemitismus-Skandal» an der Berlinale beruht darauf, dass ein jüdischer Regisseur, Yuval Abraham, anlässlich der Preisverleihung für den Dokumentarfilm «No other land» auf die Situation seines Co-Regisseurs, Basel Adra, als Palästinenser hinwies.
Quelle: Infosperber

dazu auch: **Omri Boehm: Israels Vorgehen in Gaza ist keine Selbstverteidigung**
Der mit dem Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung ausgezeichnete deutsch-israelische Philosoph Omri Boehm (»Radikaler Universalismus«) sieht Fehler auf allen Seiten im Nahost-Konflikt und hat »katastrophales Versagen« beklagt. »Meine palästinensischen Freunde wissen, dass jeder, der das, was mein Land jetzt in Gaza tut, Selbstverteidigung nennt, meine Identität zutiefst beschämt, die jüdische und israelische«, sagte Boehm am Mittwoch in seiner mit viel Applaus bedachten Dankesrede. Zugleich nannte er es einen »moralischen Bankrott«, wenn die Hamas-Massaker vom 7. Oktober als bewaffneter Widerstand bezeichnet würden.
Quelle: Jüdische Allgemeine

und: **Folter, Exekutionen, zum Sterben zurückgelassene Babys, sexueller Missbrauch … das sind Israels Verbrechen**
Warum sind dieselben westlichen Medien, die wie besessen fünf Monate alte Anschuldigungen gegen die Hamas aufwärmen, so abgeneigt, sich auf Israels aktuelle, entsetzliche Grausamkeiten zu konzentrieren?
Zu Tode gefolterte Geiseln. Eltern, die vor den Augen ihrer Kinder hingerichtet werden. Ärzte verprügelt. Ermordete Säuglinge. Sexuelle Übergriffe als Waffe eingesetzt. Nein, keine Verbrechen der Hamas. Dies ist Teil einer immer länger werdenden Liste dokumentierter Gräueltaten, die Israel in den fünf Monaten seit dem 7. Oktober begangen hat – ganz abgesehen von der Bombardierung von 2,3 Millionen

Palästinensern in Gaza und einer Hungersnot, die durch Israels Behinderung von Hilfslieferungen ausgelöst wurde.
Quelle: Antikrieg

2. **„Putin ist wie Hitler – ähh, bloß ohne Holocaust!“ – oder: Auch eine Vergangenheitsentsorgung**
   Putin ist Hitler und er führt in der Ukraine einen „Vernichtungskrieg“. Russlands Krieg in der Ukraine bietet nicht zuletzt Deutschland die Chance, mit schrägen Vergleichen die Vergangenheit zu entsorgen und ‚Hitler‘ endlich doch noch zu besiegen. – Stoff für eine böse Sottise.
   Die Wiedergänger Hitlers sind Legion. Meistens tauchen sie wie auf Kommando genau dann auf, wenn der Westen gerade einen neuen Krieg vorbereitet oder bereits in ihn verwickelt ist.
   Quelle: Leo Ensel auf Globalbridge
3. **Warum Macron so auf Odessa fixiert ist**
   Dass Macron, wenn auch immer wieder mit kleinen Rückzügen, mit einem Einsatz von Truppen in der Ukraine droht und dabei immer wieder erklärt, Odessa müsse ukrainisch bleiben, hat keine psychischen, sondern materielle Gründe. Die möglichen Wirkungen auf die EU kann er sich nicht leisten. (…)
   Die Widersprüche innerhalb der EU verschärfen sich ohnehin kontinuierlich. Gendert Rumänien? Bulgarien wurde im vergangenen Jahr, gegen heftige Proteste der Bergarbeiter, genötigt, einen Ausstieg aus der Kohle zu planen; dafür gab es ganze 2,2 Milliarden aus der EU. Die Landwirtschaftspolitik, die ebenfalls unter dem Stichwort “Klimaschutz” steht, ist sicher ebenfalls nicht beliebt. Es sind vor allem die Zahlungen aus dem EU-Haushalt, die diese Staaten noch bei der Stange halten. Aber der EU-Haushalt wird anders aussehen, wenn Deutschland und Frankreich ihn nicht mehr finanzieren können. Und man muss nicht erst auf die Bestätigung dieser Entwicklung warten, auch rund um das Schwarze Meer gibt es Internet, und weder der deutsche Niedergang noch die Tatsache, dass Frankreich gerade seine afrikanischen Kolonien endgültig verliert, kann der Aufmerksamkeit noch entgehen.
   Quelle: Dagmar Henn auf RT DE
4. **Umfrage: Grüne verlieren dramatisch an Zustimmung**
   Einer Umfrage zufolge werden die Grünen immer negativer wahrgenommen. Auch an eine Zukunft der Partei glauben nur noch wenige.
   Die Grünen haben einer Umfrage zufolge in den vergangenen fünf Jahren viele Sympathien verloren. Die Zahl der Befragten, denen sie “gar nicht” gefallen, verdoppelte sich seit 2019 von 25 auf 56 Prozent. Die Zahl derer, die sie gut finden, halbierte sich von 18 auf 8 Prozent, wie die repräsentative Erhebung des Instituts für

Demoskopie Allensbach für die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" ergab. 27 Prozent gaben an, die Partei gefalle ihnen teilweise (2019: 41 Prozent). Befragt wurden zwischen dem 1. und 14. März 1.027 Personen.
Quelle: t-online

5. **Schlechte Jobs untergraben die Demokratie**
   Die Ausbreitung rechtsextremer Einstellungen in Deutschland hat auch mit wirtschaftlichen Sorgen sowie mangelnder Mitsprache und Anerkennung am Arbeitsplatz zu tun.
   Der Rechtsdrall in der deutschen Gesellschaft steht mit Erfahrungen sozialer Desintegration in Verbindung. Dazu zählen Sorgen um den eigenen Lebensstandard, die Alterssicherung oder die berufliche Zukunft. Auch mangelnde Mitsprache am Arbeitsplatz oder der Eindruck, dass die berufliche Leistung vom Arbeitgeber nicht ausreichend anerkannt wird, spielen eine Rolle. Das zeigt eine Analyse der WSI-Direktorin Bettina Kohlrausch.
   Quelle: Hans Böckler Stiftung
6. **Energiekrise vorbei? Industrie widerspricht Habeck: „Wir stecken in einer manifesten Krise"**
   Der Wirtschaftsminister erklärt die Energiekrise für überwunden. Die Chemie- und Aluminiumindustrien sehen das anders. […]
   „Von Krisenende kann keine Rede sein", sagt der Hauptgeschäftsführer des Verbands der Chemischen Industrie (VCI), Dr. Wolfgang Große Entrup, am Mittwoch der Berliner Zeitung.
   Laut dem VCI sind die Kosten für Energie und Rohstoffe nach wie vor viel höher als bei den Wettbewerbern: „Der Industriestrompreis für industrielle Großkunden ist fast viermal so teuer wie in den USA und etwa 75 Prozent höher als in China oder Frankreich", so der Verbandschef.
   Quelle: Berliner Zeitung
7. **RWE schaltet kurzfristig fünf weitere Kohlekraftwerke ab**
   In der vergangenen Woche warnte der Bundesrechnungshof in einem Sonderbericht davor, dass die Stromversorgung Deutschlands mittelfristig nicht mehr sicher sei. Es gebe absehbar zu wenig Ökostrom, zu wenig Reservekraftwerke, zu wenig Netze. Anderslautende Beteuerungen von Bundesregierung und Bundesnetzagentur bezeichnete der Präsident der obersten Bundesbehörde, Kay Scheller, als „wirklichkeitsfremd".
   Trotzdem gab RWE-Chef Krebber bekannt, noch in diesem Jahr Braunkohlekraftwerke mit einer Kapazität von 2,5 Gigawatt vom Netz nehmen zu wollen.
   Quelle: Welt Online

Anmerkung Christian Reimann: *Bitte lesen Sie dazu auch Deutschlands CO_2-Emissionen sinken 2023 im Rekordtempo und dazu: „Zum ersten Mal zeigen die Zahlen: Deutschland ist auf Kurs“ mit Anmerkungen.*

8. **Mehr als tausend Passagen geschwärzt: Multipolar veröffentlicht freigeklagte RKI-Protokolle im Original**
   Die von unserem Magazin freigeklagten Protokolle des Krisenstabs des Robert Koch-Instituts (RKI) werden nun für alle zugänglich gemacht. Die mehr als 200 Dokumente sind in erheblichem Umfang durch das RKI geschwärzt. Gegen die Schwärzungen klagen wir aktuell. Wir laden alle interessierten Journalisten zur Mitrecherche ein. (…)
   Die Schwärzungen gehen soweit, das teilweise sogar die simple Teilnahme von Gesundheitsminister Jens Spahn an einer Krisenstabssitzung verheimlicht wird (Protokoll vom 3. Februar 2020, Schwärzung des ersten Namens auf der Teilnehmerliste), obwohl sogar das Ministerium selbst dessen Teilnahme damals (mit Foto) auf Twitter öffentlich machte.
   Quelle: Multipolar

   Anmerkung Christian Reimann: *Bitte lesen Sie dazu auch „Es soll hochskaliert werden“ mit Anmerkungen.*

   dazu auch: **Medien deckten während Pandemie viele Verstrickungen nicht auf**
   Vom Ärzte-Sponsoring bis zum Labor in Wuhan: Medien versäumten es oft, über Interessenkonflikte zu informieren.
   «Wer zahlt, befiehlt», heisst eine Volksweisheit. Nun können Pharmafirmen oder Regierungen, die Universitätsinstitute, Experten oder Medien finanzieren, diesen nichts befehlen. Dennoch beeinflussen sie manchmal, was geforscht wird oder welche Studienergebnisse wann veröffentlicht werden (Infosperber berichtete). Niemand will es sich mit Geldgebern gerne verscherzen – und es locken weitere Zustüpfe, auf die man angewiesen sein kann. Neben Geldzahlungen können auch immaterielle Interessenkonflikte das Handeln beeinflussen.
   Als Standard in der Wissenschaft gilt, dass mögliche Interessenkonflikte stets offengelegt werden. Es ist Aufgabe der Medien, danach zu fragen.
   Quelle: Infosperber

9. **Impfung nicht entscheidend: Arbeitgeber müssen Lohn trotz Corona-Quarantäne zahlen**
   Ein ungeimpfter Hilfsarbeiter infiziert sich im Winter 2021 mit dem Coronavirus. Sein Arbeitgeber zahlt nur für die Zeit der Krankschreibung – und weigert sich, den Lohn während der behördlich angeordneten Quarantäne fortzuzahlen. Nun entschied das

Bundesarbeitsgericht den Fall mit einem Grundsatzurteil.
Arbeitgeber haben die Pflicht zur Lohnfortzahlung, wenn Arbeitnehmer während der Corona-Pandemie positiv getestet wurden und in Quarantäne mussten. Das entschied das Bundesarbeitsgericht in Erfurt. Arbeitnehmer aus Nordrhein-Westfalen und Thüringen hatten sich in die höchste Arbeitsgerichtsinstanz mit der Forderung nach Entgeltfortzahlung wegen Krankheit geklagt. Mit ihrer Klage hatten sie jetzt Erfolg, ihre Arbeitgeber müssen das Geld rückwirkend auszahlen.
Eine Corona-Infektion stellt demnach auch bei einem symptomlosen Verlauf eine Krankheit dar, die zur Arbeitsunfähigkeit führt – wenn es dem Arbeitnehmer durch eine behördliche Quarantäne-Anordnung rechtlich unmöglich ist, seine Arbeit zu erbringen und Homeoffice nicht in Betracht kommt.
Quelle: n-tv

10. **Wie die Impfpflicht-Debatte im Expertenrat von Anfang an abgeblockt wurde**
Als die Bundesregierung zur Bekämpfung des Virus per Gesetz eine Impfpflicht beschließen wollte, stellte der Expertenrat sich stumm und taub. Das Thema stand auf keiner Tagesordnung. Eine interne Mail des Ratschefs zeigt jetzt, warum. […]
„Die grundsätzliche Bewertung und Kommentierung von Impfungen liegt bei der Ständigen Impfkommission". Kroemer bestätigt aber, dass man Kontroversen im Expertenrat lieber vermeiden wollte: Es habe es die Zielsetzung gegeben, „am Ende zu einer gemeinsamen und geeinten Stellungnahme zu kommen".
Das scheint man bei den Kollegen vom Ethikrat anders zu sehen.
Quelle: Welt Online
11. **„Wir haben gesagt, wir müssen ein Modell finden, um Folgebereitschaft herzustellen"**
Wie bringt man Menschen in einer Demokratie dazu, Zwangsmaßnahmen zu bejahen? Heinz Bude war Berater der Bundesregierung in der Pandemie. Nun hat der Soziologe „aus dem Nähkästchen geplaudert" – und Einblicke in die zynische Welt der „Angstkommunikation" gegeben. […]
Dieses „wissenschaftsähnliche" Modell war die Idee „Flatten the Curve", die kein Wissenschaftler, sondern der Silicon-Valley-Berater und Journalist Thomas Puyeo damals mit einem viralen Video populär gemacht hatte, wie auch Bude einräumt:
Quelle: Jörg Phil Friedrich auf Welt Online
12. **Neuer Gesundheitsexpertenrat der Bundesregierung**
Als Nachfolger des Coronaexpertenrats soll ein neues Fachgremium die Bundesregierung zu wichtigen Gesundheitsfragen beraten. Kanzler Olaf Scholz (SPD) begrüßte die Mitglieder des Expertenrats „Gesundheit und Resilienz" heute in Berlin zur konstituierenden Sitzung.
„Eine Lehre aus der Pandemie ist, dass wir unser Gesundheitswesen

widerstandsfähiger und robuster aufstellen – auch im Hinblick auf die Folgen des Klimawandels und der demografischen Entwicklung“, betonte Scholz. Um Gesundheitskrisen bestmöglich begegnen zu können, brauche es einen breit aufgestellten Rat mit Expertinnen und Experten.
Das beim Kanzleramt angesiedelte Gremium mit 23 Mitgliedern plant den Angaben zufolge regelmäßige Stellungnahmen und kann bei aktuellen Fragen zur öffentlichen Gesundheit auch spontan aktiv werden.
Quelle: aerzteblatt.de

Anmerkung Christian Reimann: *Mit nahezu dem selben Personal umgibt sich der Bundeskanzler mit einem “Gesundheitsexpertenrat”, der wie zuvor der sog. Coronaexpertenrat kaum zu grundsätzlicher Kritik an der Bundesregierung fähig oder willens ist.*

13. **Weltweiter Elektroschrott auf Rekordhöhe – und kaum Recycling**
Eine Lkw-Karawane, die den Elektroschrott des Jahres 2022 abtransportiert, würde zu drei Vierteln um den Äquator reichen. So verschleudere die Menschheit ihre Ressourcen, sagen Fachleute.
Weltweit wird einem neuen UN-Bericht zufolge immer mehr Elektroschrott produziert – und das Recycling kommt nicht hinterher. Allein im Jahr 2022 fielen 62 Millionen Tonnen an elektronischem Abfall an, wie aus dem am Mittwoch veröffentlichten »Global E-Waste Monitor« hervorgeht. Das sei ein Rekord – und ein Anstieg um 82 Prozent im Vergleich zum Jahr 2010. Gehe es so weiter, sei 2030 mit 82 Millionen Tonnen zu rechnen. Unter E-Waste fällt dabei alles, was einen Stecker oder eine Batterie hat.
Quelle: Spektrum
14. **Bekommt Julian Assange einen Deal mit den USA?**
Der Wikileaks-Gründer kämpft in London seit Jahren für seine Freiheit. Laut dem „Wall Street Journal“ plant das US-Justizministerium einen Deal mit einem deutlich geringeren Strafmaß.
Die amerikanische Justiz soll laut einem Artikel im „Wall Street Journal“ überlegen, dem Whistleblower Julian Assange einen Deal anzubieten. Demnach soll dem Australier angeboten werden, sich des Vergehens des Informationsmissbrauchs zu bekennen, was eine weitaus geringere Strafe wäre, als bis dato vorgesehen war. Damit würden die USA den jahrelangen Rechtsstreit verkürzen. Die Zeit, die in London hinter Gittern verbracht wurde, würde in dem Strafmaß berücksichtigt werden – das könnte zu einer schnellen Freilassung führen. Seitens des US-Justizministeriums wurde dies aber noch nicht bestätigt.

Quelle: Kleine Zeitung

15. **Zu guter Letzt: Krieg einfrieren: Die Lösung? – Küppersbusch TV**
Rolf #Mützenich hatte eine Idee: Den Krieg zwischen #Russland & der #Ukraine einfach mal kurz einfrieren…und dann? Wir schauen uns das mal an!
Außerdem heute: Interview-Training mit Annalena #Baerbock & das #Trikot der Deutschen.
Viel Spaß und gute Unterhaltung!
Quelle: Küppersbusch TV via YouTube